



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Elke Middendorff, Beate ApolinarSKI, Karsten Becker, Philipp Bornkessel,
Tasso Brandt, Sonja Heißenberg, Jonas Poskowsky

Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in Deutschland 2016

Zusammenfassung zur

21. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks

durchgeführt vom Deutschen Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung

Die vorliegende Zusammenfassung beruht auf dem Bericht des DZHW-Teilprojektes „21. Sozialerhebung – Wissenschaftliche Vorbereitung, Durchführung und Dokumentation der Ergebnisse“, das im Rahmen des Verbundprojektes von DSW und DZHW „21. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks durchgeführt vom Deutschen Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung“ mit Förderung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (Förderkennzeichen M517000 und M517100) realisiert wurde.

Der vollständige Bericht „Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in Deutschland 2016. 21. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks durchgeführt vom Deutschen Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung“ steht auf www.sozialerhebung.de zur Verfügung (in Deutsch). Die Verantwortung für den Inhalt trägt das DZHW.

Beteiligte am DZHW

Projektgruppe:

Dr. Elke Middendorff (Leitung)
Beate Apolinarski
Karsten Becker
Dr. Philipp Bornkessel
Dr. Tasso Brandt
Sonja Heißenberg
Heike Naumann
Jonas Poskowsky

Programmierung und technische Realisierung der Online-Erhebung:

Christian Meisner
Viktor Dick
Andrea Schulze

Gestaltung:

Petra Nölle

Verbundprojektpartner

Deutsches Studentenwerk (DSW)

Empfohlene Zitation

Der vorliegende Bericht soll folgendermaßen zitiert werden:

Middendorff, E., Apolinarski, B., Becker, K., Bornkessel, P., Brandt, T., Heißenberg, S. & Poskowsky, J. (2017). *Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in Deutschland 2016. Zusammenfassung zur 21. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks – durchgeführt vom Deutschen Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung*. Berlin: Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF).

Internet-Version des Berichtes, Fragebogen und weitere Informationen zur Untersuchungsreihe:
www.sozialerhebung.de

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	2
2	Methodische Aspekte der 21. Sozialerhebung	3
3	Studienfächer, -formen und -verlauf.....	4
4	Auslandsmobilität	6
5	Sozio-demographisches Profil und Hochschulzugang	7
6	Bildungsherkunft der Studierenden	9
7	Merkmale des Hochschulzugangs	10
8	Studierende mit Migrationshintergrund.....	11
9	Gesundheitliche Beeinträchtigungen und Studierenschwernis.....	12
10	Studienfinanzierung und wirtschaftliche Situation	13
11	Zeitbudget.....	17
12	Studentische Erwerbstätigkeit	19
13	Wohnsituation	20
14	Mensa/Cafeteria und studentische Ernährung.....	21
15	Information und Beratung.....	22
16	Ausblick	23
	Impressum	25

1 Einleitung

Die Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks, durchgeführt vom Deutschen Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung, ist ein befragungsbasierendes Monitoring-System zur sozialen und wirtschaftlichen Situation der Studierenden in Deutschland. Mithilfe eines standardisierten Fragebogens wird etwa alle drei Jahre ein repräsentativer Querschnitt der Studierenden an staatlichen und staatlich anerkannten Hochschulen befragt. Das Besondere dieser Untersuchungsreihe sind neben der Aktualität und der Vielzahl der Ergebnisse die langen Zeitreihen. Die Sozialerhebungen können als Spiegel ihrer Zeit gelten. Sie bilden aktuelle Entwicklungen in einem zeitlichen Zusammenhang ab.

Die 21. Sozialerhebung wurde im Sommersemester 2016 durchgeführt und setzt die 1951 begonnene Erhebungsreihe des Deutschen Studentenwerks (DSW) über die wirtschaftliche und soziale Situation der Studierenden in Deutschland fort. Seit 1981 werden die Erhebung, die Auswertung der Daten und die Darstellung der Ergebnisse vom Deutschen Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW) bzw. seinen institutionellen Vorgängern durchgeführt. Die 21. Sozialerhebung wurde mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert.

In dem vorliegenden Dokument sind die wesentlichen Ergebnisse des Hauptberichtes zur 21. Sozialerhebung zu folgenden Themenfeldern zusammengefasst:

- Studienfächer und Formen des Studiums,
- Studienverlauf: Studiengangwechsel und Auslands-mobilität,
- sozio-demographisches Profil: Alter, Geschlecht, Familienstand, Bildungsherkunft
- Migrationshintergrund,
- gesundheitliche Beeinträchtigung,
- Studienfinanzierung und Studienförderung: Einnahmen, Ausgaben, BAföG,
- Studienverhalten: Zeitbudget, Erwerbstätigkeit neben dem Studium,
- Wohnsituation,
- Mensen und Cafeterien,
- Informations- und Beratungsbedarf.

Berichtet wird die Situation der deutschen und bildungsinländischen Studierenden. Als Bildungsinländer(innen) werden Studierende bezeichnet, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im deutschen Schulsystem erworben haben.

Der vollständige Bericht zur 21. Sozialerhebung sowie der eingesetzte Fragebogen stehen auf <http://www.sozialerhebung.de/sozialerhebung/archiv> zur Verfügung. Die Projektwebseite enthält darüber hinaus vielfältige Hintergrundinformationen zur Untersuchungsreihe, Pressematerialien, alle Standard- und Sonderberichte seit der 1. Sozialerhebung im Jahr 1951 sowie Fragebogen und Randauszählungen.

2 Methodische Aspekte der 21. Sozialerhebung

Befragungsmethode

Bis zur 20. Auflage war die Sozialerhebung eine schriftliche Befragung, d. h. die Studierenden erhielten einen Papierfragebogen per Post. Die Befragung im Rahmen der 21. Sozialerhebung erfolgte erstmals als Online-Survey, zu dem die Studierenden von den teilnehmenden Hochschulen per E-Mail eingeladen wurden.

Zur Grundgesamtheit der Sozialerhebung gehören unverändert alle im Sommersemester des Befragungsjahres an den deutschen Hochschulen gemäß dem Berichtskreis des Statistischen Bundesamtes immatrikulierten Studierenden. Ausgenommen bleiben dabei die Studierenden der Verwaltungsfachhochschulen, der Hochschulen des Fernstudiums und der Universitäten der Bundeswehr. Im Unterschied zu bisherigen Sozialerhebungen gehören deutsche und bildungsinländische Studierende im Promotionsstudium nicht mehr zur Zielgruppe. Hintergrund für diese Änderung ist das in Deutschland gut ausgebaute Monitoring-System für den wissenschaftlichen Nachwuchs.

Stichprobe

Für die 21. Sozialerhebung wurde jede(r) sechste Studierende (d. h. 17 % aller Studierenden der Grundgesamtheit) in die Stichprobe aufgenommen. Für deutsche, bildungsinländische und bildungsausländische Studierende wurde erstmals dieselbe Ziehungsquote umgesetzt. Die ca. 400.000 Studierenden der Stichprobe erhielten von ihrer Hochschule eine E-Mail-Einladung mit einem individuellen, passwortgeschützten Hyperlink zum Online-Survey.

Fragebogen

Der Fragebogen der 21. Sozialerhebung enthält den Kern dieser langjährigen Untersuchungsreihe. Er wurde teilweise aktualisiert und an neueste Veränderungen der Studien- und Hochschullandschaft angepasst. Die Möglichkeit zum Fragebogensplit wurde genutzt, um neue Themen in die Befragung zu integrieren, ohne dass die bereits relativ lange Befragungsdauer für den/ die Einzelne(n) weiter ausgedehnt werden musste. Der Fragenkatalog steht getrennt nach den Zielgruppen Deutsche/Bildungsinländer(innen) und Bildungsausländer(innen) – letzterer in Deutsch und in Englisch – auf der Projektwebseite zur Ansicht und zum

Download zur Verfügung (www.sozialerhebung.de/sozialerhebung/archiv).

Durchführung der Untersuchung

Mitte April 2015 wurden alle 371 zu diesem Zeitpunkt in Deutschland existierenden Hochschulen (ohne Verwaltungsfachhochschulen, Hochschulen des Fernstudiums, Universitäten der Bundeswehr) durch das DZHW, das DSW, die Studentenwerke sowie die Hochschulrektorenkonferenz gebeten, sich an der Sozialerhebung zu beteiligen. Diese 371 deutschen Hochschulen bilden die Grundgesamtheit; an ihnen waren 2.244.951 deutsche und bildungsinländische Studierende immatrikuliert. In den Folgemonaten erklärten 67 % der Grundgesamtheit, d. h. 248 Hochschulen ihre Teilnahmebereitschaft. An den teilnehmenden Hochschulen waren 2016 2.075.525 Studierende und damit knapp 93 % aller Studierenden immatrikuliert.

Die Hochschulen haben die E-Mail-Adressen der zu befragenden Studierenden aus dem hochschulinternen Adressenpool nach dem Zufallsprinzip gezogen und ab der 21. Kalenderwoche 2016 (23.-27.05.2016) zur Befragung eingeladen. Insgesamt erhielten 352.786 Studierende eine Einladung, sich an der 21. Sozialerhebung zu beteiligen (Brutto-Stichprobe). Die Studierenden wurden bis zu drei Mal an die Möglichkeit der Teilnahme erinnert; jeweils zwei, vier und sechs Wochen nach der Einladungs-E-Mail. Die Feldphase lief bis Ende August 2016.

Rücklauf und Repräsentativität

Die E-Mail-Einladung hat 341.651 Studierende erreicht (Netto-Stichprobe). Von ihnen haben sich 67.007 deutsche und bildungsinländische Studierende beteiligt (ohne Studierende, die sich zum Befragungszeitpunkt im Ausland aufgehalten haben). Das entspricht einer Brutto-Rücklaufquote von 19,6 Prozent. Im Ergebnis aufwändiger und umfassender Plausibilitätsprüfungen können 55.219 Datensätze in die vorliegende Analyse einbezogen werden. Das entspricht einer Netto-Rücklaufquote von 16,2 %. Diese Rücklaufquote liegt deutlich unterhalb der Beteiligungsquote der 20. Sozialerhebung, die bei 28 % lag.

Durch Gewichtung der Einzelfälle wurden Abweichungen zwischen realisierter Stichprobe und Grundgesamtheit auf Grundlage amtlicher Statistik für die Merkmale Geschlecht, Hochschulart (Universität, Fachhochschule), Bundesland der Hochschule, Fächergruppe und erstmals für das Alter (fünf Altersgruppen: bis 19 Jahre, 20-22 Jahre, 23-25 Jahre, 26-30 Jahre, 31 Jahre und älter) korrigiert. Die realisierte Stichprobe ist repräsentativ für Studierende im Bundesgebiet. Darüber

hinaus sind die Ergebnisse grundsätzlich auch aussagefähig auf der Ebene der Länder und Studentenwerke.

Darstellung der Ergebnisse zur Sozialerhebung

Informationen zu den Veröffentlichungen zur Sozialerhebung, Fragebogen, Glossar und andere projektrelevante Dokumente sowie alle Publikationen, zu denen auch eine Vielzahl von Randauszählungen der Daten gehört (s. Kap. 16), stehen auf der Webseite der Sozialerhebung zur Verfügung (www.sozialerhebung.de).

3 Studienfächer, -formen und -verlauf

Fächerstruktur

Das Fächerprofil hat sich in den letzten Jahren nur geringfügig verändert. Zu den größten Fächergruppen gehören auch im Sommersemester 2016 die Ingenieurwissenschaften (21 % der Studierenden), die Mathematik/Naturwissenschaften sowie die Rechts- und Wirtschaftswissenschaften (jeweils 20 %). Ein etwas geringerer Anteil (18 %) studiert ein Fach der Sprach- bzw. Kulturwissenschaften. Das Studienfach jedes/jeder sechsten Studierenden (15 %) zählt zur Fächergruppe der Sozialwissenschaften/-wesen/Psychologie/Pädagogik (Bild 1).

Die bekannten geschlechtsspezifischen Unterschiede in der Studienfachwahl zeigen sich für die Immatrikulierten des Sommersemesters 2016 unverändert. Die Studentinnen entscheiden sich am häufigsten für Studienfächer aus dem Bereich der Kulturwissenschaften (25 %), gefolgt von der Fächergruppe Sozialwissenschaften/-wesen/Psychologie/Pädagogik (21 %). Am dritthäufigsten sind Studentinnen in den Rechts- und Wirtschaftswissenschaften (19 %) eingeschrieben.

Im Unterschied dazu sind für Studenten die Ingenieurwissenschaften ein häufig gewähltes Studienfach, in dem knapp ein Drittel (31 %) immatrikuliert ist. Am zweithäufigsten studieren sie ein Fach der Mathematik/Naturwissenschaften (24 %). Die dritthäufigste Wahl der Studenten fällt auf ein Fach der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften (21 %).

Studienform

Im Zuge der 21. Sozialerhebung wurden ausschließlich Studierende im Präsenz-Studium, die in Voll- oder in Teilzeit studieren, befragt; so nahmen beispielweise Studierende in Fernstudiengängen und immatrikulierte Promovierende nicht an der Befragung teil.

Die überwiegende Mehrheit der Studentinnen und Studenten ist in einem Präsenz-Studiengang (93 %) und nur ein vergleichsweise geringer Teil in einem dualen (5 %) oder berufsbegleitenden Studiengang (2 %) immatrikuliert. Noch deutlicher ist dieser Befund an Universitäten: Hier gehen fast alle Studierenden (99 %) einem Präsenz-Studium nach. Hingegen praktizieren an Fachhochschulen 13 Prozent der Studierenden ein duales und fünf Prozent ein berufsbegleitendes Studium.

Die überwiegende Mehrheit der Studierenden ist in einem Vollzeit-Studiengang eingeschrieben (97 %). Gleichwohl geben fünf Prozent dieser Studierenden an, das eigentliche Vollzeit-Studium de facto in Teilzeit zu realisieren. Neben dieser Selbsteinstufung können anhand ihres Studienaufwands 29 Prozent der Studierenden als de-facto Teilzeit studierend angesehen werden (s. Kap. 11). Im Vergleich zu 2012 hat das formale Teilzeit-Studium nicht nennenswert an Bedeutung gewonnen.

Angestrebter Abschluss

Die Umstellung des Studiums auf die gestufte Studienstruktur ist weitgehend abgeschlossen: Mehr als

Bild 1 Studienmerkmale und Studienverlauf						
Merkmal	2012	2016				
	insges.	insges.	Männer	Frauen	Uni	FH
Zu Kap. 3						
Studierende nach Fächergruppe, in %						
Ingenieurwissenschaften	22	21	31	10	13	35
Sprach- und Kulturwissenschaften	19	18	12	25	25	5
Mathematik/Naturwissenschaften	20	20	24	16	24	13
Medizin, Gesundheitswissenschaften	6	6	4	9	8	4
Rechts- und Wirtschaftswissenschaften	21	20	21	19	16	27
Sozialwiss./-wesen/Psychologie/Pädagogik	13	15	9	21	14	15
Studierende nach Art des angestrebten Abschlusses, in %						
Bachelor (nicht Lehramt)	55	58	61	54	43	84
Bachelor mit dem Ziel Lehramt	4	4	3	6	6	<1
Master (nicht Lehramt)	11	20	22	18	23	14
Master mit dem Ziel Lehramt	1	2	2	3	4	<1
Staatsexamen (nicht Lehramt)	9	8	6	10	12	0
Staatsexamen mit dem Ziel Lehramt	7	5	3	6	7	0
andere traditionelle Abschlüsse	12	2	3	2	3	1
anderer/kein Abschluss	<1	1	1	1	<1	<1
Studienverlauf, Studierende in %						
Studiengangwechsel	17	20	22	21	21	16
Studienunterbrechung	9	16	16	15	18	10
Hochschulwechsel ¹	15	18	18	17	17	18
Zu Kap. 4						
Studienbezogene Auslandsmobilität nach Art des Aufenthalts Studierende in höheren Hochschulsesemestern², Mehrfachnennungen möglich, in %						
Studium	18	16	13	20	19	11
Praktikum	14	9	7	12	10	6
Sprachkurs	3	1	1	2	1	<1
sonstiges	5	6	5	6	6	4
insgesamt	31	28	23	34	32	20

DSW/DZHW 21. Sozialerhebung

¹ Ohne Hochschulwechsel, die zeitgleich mit dem Abschluss eines vorherigen Studiengangs stattgefunden haben.

² Studierende im 9. bis 14. Hochschulsesemester an Universitäten o. ä. bzw. im 7. bis 11. Hochschulsesemester an Fachhochschulen.

acht von zehn Studierenden (84 %) sind im Sommersemester 2016 in einem Studiengang des gestuften Studiensystems immatrikuliert (2012: 74 %), darunter 62 Prozent in einem Bachelor- und 22 Prozent in einem Master-Studiengang (Bild 1).

An Fachhochschulen ist ein Großteil der Studierenden in einem Bachelor-Studiengang (84 %) immatrikuliert; einen Master strebt jede(r) siebte an (14 %). Eine Minderheit studiert hier in einem Studiengang mit traditionellem Abschluss (1 %). Im Unterschied dazu ist die Hälfte der Studierenden an Universitäten in einem Bachelor-Studiengang (50 %) eingeschrieben, etwas mehr als ein Viertel (27 %) möchte einen Master-Ab-

schluss erwerben und 22 Prozent wollen einen traditionellen Studienabschluss erlangen.

Studiengangwechsel

Jede(r) fünfte Studierende (20 %) hat seit der Erstimmatrikulation mindestens einmal das Studienfach und/oder den Abschluss gewechselt (Studiengangwechsel).

Studienunterbrechung

Der Anteil derer, die ihr Studium unterbrechen (offiziell oder inoffiziell für mindestens ein Semester seit ihrer Erstimmatrikulation) liegt 2016 bei 16 Prozent der Studierenden.

Mehr als sieben von zehn Studienunterbrecher(inne)n (73 %) geben an, dass sie ihr Studium bisher einmal unterbrochen haben, fast ein Fünftel (18 %) hat zweimal und knapp jede(r) Zehnte (9 %) dreimal oder häufiger das Studium unterbrochen.

Die Befragten berichten von verschiedenen Unterbrechungsgründen, die aufgrund der Möglichkeit zur Mehrfachnennung zum Teil auch in Kombination miteinander angeführt werden. Knapp ein Viertel der Stu-

dienunterbrecher(innen) (23 %) zweifeln am Sinn des Studiums. Jede(r) Fünfte berichtet von akuten gesundheitlichen Problemen und 19 Prozent geben an, dass sie aufgrund eines Praktikums ihr Studium unterbrochen haben. Je 16 Prozent sagen, dass sie diese Entscheidung aus einer finanziellen Problemlage oder aufgrund der Erwerbstätigkeit getroffen haben.

4 Auslandsmobilität

Die Formen studienbezogener Auslandsaufenthalte sind vielfältig und umfassen die Immatrikulation an einer ausländischen Hochschule, Auslandspraktika, Sprachkurse im Ausland ebenso wie Studienreisen, Exkursionen, Projektarbeit oder Summerschools. Von allen Studierenden des Sommersemesters 2016 waren 16 Prozent bereits mindestens einmal studienbezogen im Ausland. Vier Jahre zuvor, im Sommersemester 2012, hatten 17 Prozent aller Studierenden studienbezogene Auslandserfahrungen.

Weil die Sozialerhebung eine Querschnittsbefragung unter den Studierenden aller Semester ist, wird die Auslandsmobilitätsquote auch bezogen auf Studierende in höheren Semestern (9. bis 14. Hochschulsemester an Universitäten, 7. bis 11. Hochschulsemester an Fachhochschulen) berechnet, um sich dem Anteil der Mobilitätsquote zu nähern, die bis zum Studienende erreicht wird. 28 Prozent der Studierenden in höheren Semestern waren mindestens einmal zu einem Teilstudium, Praktikum, Sprachkurs etc. im Ausland (Bild 1).

Am meisten verbreitet ist das temporäre Studium im Ausland (16 %). Die zweithäufigste Aufenthaltsart ist das Praktikum (9 %). Im Vergleich zu 2012 ist die Mobilitätsquote Studierender in höheren Semestern um drei Prozentpunkte gesunken. Der Rückgang fiel bei Studierenden in Bachelor- und Masterstudiengängen mit jeweils einem Prozentpunkt weniger vergleichsweise moderat aus (Mobilitätsquote höherer Semester 2016: 19 % Bachelor, 34 % Master).

Von den Studierenden, die noch nicht studienbezogen im Ausland waren (72 %), sagt jeweils ein knappes Drittel, dass sie keine Realisierungschance für einen Auslandsaufenthalt sehen (31 %) bzw. dass sie kein Interesse daran haben (30 %). Ein Sechstel ist sich diesbezüglich noch nicht sicher (16 %). Unter Hinzurechnung der 19 Prozent bislang immobilen Studierenden, die künftig einen studienbezogenen Auslandsaufenthalt planen, errechnet sich eine potentielle Mobilitätsquote von 36 Prozent aller Studierenden.

5 Sozio-demographisches Profil und Hochschulzugang

Alter der Studierenden

Das Alter der studierenden Deutschen und Bildungsinländer(innen) beträgt im Sommersemester 2016 im Durchschnitt 24,7 Jahre. Es ist damit gegenüber der 20. Sozialerhebung leicht gestiegen (2012: 24,4 Jahre), und zwar für Studenten (2016: 25,0 Jahre, 2012: 24,6 Jahre) wie für Studentinnen (2016: 24,4 Jahre, 2012: 24,2 Jahre). Allerdings ist der Anstieg des Altersdurchschnitts vor allem darauf zurückzuführen, dass im Rahmen der 21. Sozialerhebung erstmals auch für das Alter der Studierenden gewichtet wird (s. Kap. 2). So sind im Sommersemester 2016 58 Prozent der Studierenden zwischen 20 und 25 Jahre alt und rund ein Viertel (23 %) zwischen 26 und 30 Jahre. 19 Jahre oder jünger (9 %) bzw. 31 Jahre oder älter (10 %) sind jeweils rund zehn Prozent der Studierenden. Die Gruppe der Minderjährigen an den Hochschulen spielt dabei statistisch gesehen keine bedeutende Rolle (< 1 %).

Familienstand und Elternschaft

Die prozentuale Zusammensetzung nach Familienstand hat sich gegenüber der 20. Sozialerhebung etwas verändert. So ist derzeit knapp jede(r) zweite Studierende (48 %) unverheiratet, aber in einer festen Partnerschaft (2012: 51 %), sechs Prozent der Immatrikulierten sind verheiratet oder leben in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft (2012: 6 %) und 46 Prozent befinden sich zum aktuellen Befragungszeitpunkt in keiner festen Partnerschaft (2012: 43 %).

Im Sommersemester 2016 haben sechs Prozent aller Studierenden mindestens ein Kind, Frauen anteilig etwas häufiger als Männer. Dieser Anteil ist im Vergleich zum Sommersemester 2012 um einen Prozentpunkt gestiegen, was vor allem auf einen höheren Anteil an Männern mit Kind zurückzuführen ist (2012: 4 %, 2016: 5 %). Studierende haben durchschnittlich 1,6 Kinder; mehr als die Hälfte von ihnen hat ein Kind (55 %), ein knappes Drittel zwei Kinder (32 %) und zwölf Prozent drei oder mehr Kinder. Studierende mit Kind sind mehrheitlich verheiratet (59 % im Vgl. zu 3 % der Studierenden ohne Kind) oder leben in einer festen Partnerschaft (31 %, im Vgl. zu 49 % der Studierenden ohne Kind). Fast drei Viertel dieser Studierenden mit Kind haben eine(n) (Ehe)Partner(in), der/die erwerbstätig ist (74 % im Vgl. zu 39 % der Studierenden ohne Kind) – Frauen häufiger (84 % im Vgl. zu 45 % der Studentinnen ohne Kind) als Männer (62 % im Vergleich zu 31 % der Studenten ohne Kind). Nicht ganz jede(r) zehnte Studierende mit Kind ist alleinerziehend, d. h. betreut mindestens ein Kind im Alter bis einschließlich 15 Jahre ohne Partner(in) (10 % der Frauen, 7 % der Männer).

Bild 2 Sozio-demographische Merkmale

Merkmal	2012	2016				
	insges.	insges.	Männer	Frauen	Uni	FH
Zu Kap. 5						
Alter der Studierenden, arithm. Mittel in Jahren						
Studierende insgesamt	24,4	24,7	25,0	24,4	24,7	24,7
Familienstand und Elternschaft, in %						
nicht verheiratet, in fester Partnerschaft	51	48	43	53	48	48
nicht verheiratet, ohne feste Partnerschaft	43	46	52	40	46	46
verheiratet/eingetragene Lebenspartnerschaft	6	6	5	7	6	6
Studierende mit Kind, in %	5	6	5	6	5	6
Zu Kap. 6						
höchster beruflicher Abschluss der Eltern, in %						
(Fach-)Hochschulabschluss	50	52	53	52	57	42
Meister, Fachschul-, Technikerabschluss	21	20	20	20	18	24
Lehre, Facharbeiter	27	25	24	25	22	30
kein beruflicher Abschluss	2	3	3	3	3	4
Zu Kap. 8						
Studierende mit Migrationshintergrund, in %						
insgesamt	23	20	20	20	21	20
Migrationsstatus						
Bildungsinländer(innen)	4	4	4	4	4	4
doppelte Staatsangeh.	2	2	2	3	3	2
Eingebürgerte	3	2	2	3	2	3
mind. ein Elternteil mit ausl. Staatsangeh.	3	4	4	5	5	4
(Kind von) Spätaussiedler(innen)	-	5	5	5	4	5
mind. ein Elternteil eingebürgert	-	3	3	3	3	2
mind. ein Elternteil im Ausland geboren*	11	-	-	-	-	-
Zu Kap. 9						
Studierende mit gesundheitlicher Beeinträchtigung, in %						
gesundheitlich Beeinträchtigte mit Studienschwernis	7	11	10	12	12	10

DSW/DZHW 21. Sozialerhebung

* Studierende mit mindestens einem im Ausland geborenen Elternteil konnten in der 21. Sozialerhebung durch zusätzlich erfasste Merkmale differenziert werden in (Kinder von) Spätaussiedler(innen) und Studierende mit mindestens einem eingebürgerten Elternteil.

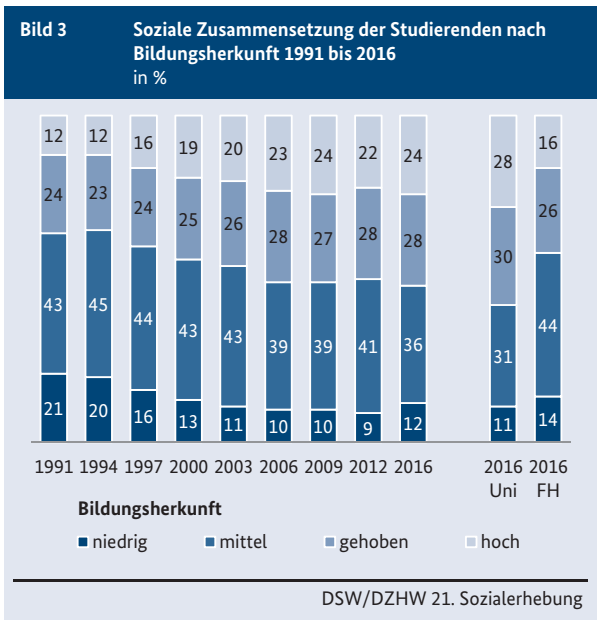
6 Bildungsherkunft der Studierenden

Die Merkmale der Herkunftsfamilie beeinflussen zahlreiche Voraussetzungen und Rahmenbedingungen des Studiums (u. a. Hochschulzugang, Studienverlauf, Studienfinanzierung, Zeitbudget, Erwerbstätigkeit). Um die daraus resultierenden Implikationen analysieren zu können, werden in der Sozialerhebung traditionell vielfältige bildungsbezogene und berufliche Merkmale der Eltern Studierender erfasst. Dazu zählen u. a. der allgemeinbildende Schulabschluss sowie der berufliche Abschluss von Vater und Mutter. Auf diesen Merkmalen beruht das in der Sozialerhebung zugrunde gelegte Konzept der „Bildungsherkunft“.

Die beruflichen Merkmale der Eltern werden in fünf Bildungskategorien eingeteilt: (1) Universitätsabschluss, (2) Fachhochschulabschluss, (3) Lehre oder Facharbeiterausbildung, (4) Meister(innen)-, Techniker(innen)- oder Fachschulabschluss und (5) ohne beruflichen Abschluss. Im Sommersemester 2016 stammt etwas mehr als die Hälfte aller Studierenden (2016: 52 %, 2012: 50 %) aus einem Haushalt, in dem mindestens ein Elternteil über einen Hochschulabschluss verfügt. Nach Hochschulart des Abschlusses differenziert, ist in 40 Prozent der Herkunftsfamilien der höchste berufliche Abschluss der einer Universität (2012: 36 %) und in zwölf Prozent der einer Fachhochschule (2012: 14 %). Gleichzeitig hat mindestens ein Elternteil in jeder vierten Herkunftsfamilie als höchsten beruflichen Abschluss eine Lehre oder Facharbeiterausbildung abgeschlossen (2016: 25 %, 2012: 27 %) und jede(r) fünfte Studierende hat Eltern, die als höchsten Berufsabschluss einen Meister(innen)-, Techniker(innen)- oder Fachschulabschluss vorweisen können (2016: 20 %, 2012: 21 %). Ohne beruflichen Abschluss sind drei Prozent der Herkunftsfamilien Studierender (2012: 2 %). Damit ist es insgesamt zu Verschiebungen gegenüber den Befunden der 20. Sozialerhebung gekommen: Der Anteil an Studierenden, deren Eltern einer der drei mittleren beruflichen Bildungskategorien zugeordnet werden können, ist gesunken und das zugunsten der Studierenden, die aus einem Haushalt stammen, in dem ein Universitätsabschluss bzw. kein beruflicher Abschluss das höchste berufliche Bildungsniveau darstellt. Diese Anteile der höchsten und der niedrigsten Bildungskategorie sind jeweils gewachsen.

Auf der oben genannten Typisierung beruht das Konzept der „Bildungsherkunft“. Die Bildungsherkunft fasst die Merkmale der schulisch-beruflichen Bildung des Vaters und der Mutter der Studierenden zusammen. Sie wird in vier Herkunftsgruppen untergliedert: „niedrig“ (nur ein Elternteil hat einen beruflichen, jedoch nicht-akademischen Abschluss), „mittel“ (beide Eltern haben einen beruflichen, jedoch nicht-akademischen Abschluss), „gehoben“ (ein Elternteil hat einen akademischen Abschluss) und „hoch“ (beide Eltern haben einen akademischen Abschluss).

Im Sommersemester 2016 stammt knapp jede(r) zweite Studierende aus einem nicht-akademischen Elternhaus (Bildungsherkunft „niedrig“ und „mittel“ zusammen: 48 %, 2012: 50 %). 36 Prozent der Studierenden gehören der Herkunftsgruppe „mittel“ an. Bei Studierenden aus einer akademisch gebildeten Familie beträgt der Anteil an Studierenden „gehobener“ und „hoher“ Bildungsherkunft 28 Prozent bzw. 24 Prozent. Mit einem Anteil von zwölf Prozent werden Studierende deutlich seltener der Herkunftsgruppe „niedrig“ zugeordnet. Gegenüber der letzten Sozialerhebung ist damit ausschließlich der Anteil an Studierenden der Herkunftsgruppe „mittel“ stark rückläufig (2012: 41 %), während der Anteil an Studierenden „niedriger“ (2012: 9 %) und



„hoher“ Bildungsherkunft (2012: 22 %) gestiegen und der „gehobener“ Bildungsherkunft stabil geblieben ist (2012: 28 %).

Im Zuge der bereits beschriebenen Veränderungen beim höchsten beruflichen Abschluss der Eltern von Studierenden setzt sich der seit 2006 anhaltende Trend

eines kontinuierlich hohen Anteils an Studierenden aus hochschulnahe Elternhaus fort. Neben diesem Trend ist eine neue Entwicklung festzustellen: So hat sich der Anteil an Studierenden der Herkunftsgruppe „niedrig“ um drei Prozentpunkte erhöht (Bild 3).

7 Merkmale des Hochschulzugangs

Hochschulzugangsberechtigung

Von den Studierenden im Sommersemester 2016 haben 95 Prozent eine allgemeine Hochschulreife oder eine Fachhochschulreife vor Studienbeginn erworben. Dieser Anteil ist seit 2006 unverändert. An Universitäten verfügt die große Mehrheit über eine allgemeine Hochschulreife (95 %), während drei Prozent eine Fachhochschulreife haben. An Fachhochschulen hingegen haben die Studierenden mit fast zwei Dritteln (64 %) deutlich seltener eine allgemeine Hochschulreife erworben, während mehr als ein Viertel über eine Fachhochschulreife verfügt. Im Vergleich zu 2012 zeigt sich an Fachhochschulen eine deutliche Verschiebung zugunsten des Anteils der Studierenden mit allgemeiner Hochschulreife (+7 Prozentpunkte), der damit im Berichtszeitraum der Sozialerhebungen einen bisherigen Höchststand erreicht. Im Gegenzug ist der Anteil an Studierenden mit Fachhochschulreife um fünf Prozentpunkte zurückgegangen (32 % vs. 27 %).

Drei Prozent aller Studierenden haben eine fachgebundene Hochschulreife, während ein Prozent mit beruflicher Qualifikation an die Hochschule kommt. Im Unterschied zu Universitäten immatrikulieren sich an Fachhochschulen anteilig mehr Studierende mit fachgebundener Hochschulreife (6 % vs. 2 %) bzw. werden auf Grundlage einer beruflichen Qualifikation (2 % vs. 1 %) zum Studium zugelassen. „Andere“ Studienberechtigungen machen insgesamt einen Anteil von 0,4 Prozent aus.

Berufliche Ausbildung vor Erstimmatrikulation

Der Anteil der Studierenden, die vor ihrer Erstimmatrikulation eine Berufsausbildung abgeschlossen haben, beträgt im Sommersemester 2016 – bei großen Unterschieden nach Hochschulart – 22 Prozent (Fachhochschulen: 36 % vs. Universitäten: 14 %). Seit 1994 kamen anteilig immer weniger Studierende mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung an die Hochschulen. Dieser Trend hat sich im Vergleich zu 2012 unterschiedlich entwickelt: Er hat sich für Universitätsstudierende leicht umgekehrt (+1 Prozentpunkt), während er sich an Fachhochschulen verstärkt fortsetzt (-6 Prozentpunkte).

Fast zwei Drittel der Studierenden mit abgeschlossener Berufsausbildung haben einen nicht-akademischen Bildungshintergrund (65 %). 23 Prozent kommen aus einer Herkunftsfamilie, in der ein Elternteil ein Hochschulstudium abgeschlossen hat und bei zwölf Prozent dieser Studierendengruppe sind beide Eltern Akademiker(innen). Ein Viertel der Studierenden mit beruflicher Ausbildung ist in Ingenieurwissenschaften (25 %) immatrikuliert, während etwas weniger als ein Viertel die Rechts- bzw. Wirtschaftswissenschaften als Studienfach auswählen (23 %). Seltener werden Fächer der Sozialwissenschaften/-wesen, Psychologie, Pädagogik (16 %), Mathematik/Naturwissenschaften (15 %), Sprach- bzw. Kulturwissenschaften (11 %) und Medizin bzw. Gesundheitswissenschaft (9 %) gewählt.

8 Studierende mit Migrationshintergrund

Ein Fünftel der im Sommersemester 2016 immatrikulierten Studierenden hat einen Migrationshintergrund (20 %). Von diesen haben 69 Prozent die deutsche, 19 Prozent eine ausländische und zwölf Prozent die deutsche und eine andere Staatsangehörigkeit. 71 Prozent der Studierenden mit Migrationshintergrund sind in Deutschland und 29 Prozent in einem anderen Staat geboren.

Differenziert nach Migrationsstatus stellen Spätaussiedler(innen) bzw. von Kinder von Spätaussiedler(inne)n zusammen die größte Gruppe der Studierenden mit Migrationshintergrund dar (Anteil an allen Studierenden: 5 %). Fast ebenso viele Studierende sind Bildungsinländer(innen) (4 %) oder haben mindestens einen Elternteil, der eine ausländische Staatsangehörigkeit hat (4 %). Im Vergleich zu 2012 sind 2016 anteilig weniger Studierende mit Migrationshintergrund an deutschen Hochschulen eingeschrieben (2012: 23 %).

Migrationsstatus und Bildungsherkunft

Studierende mit Migrationshintergrund gehören anteilig dreimal so häufig wie ihre Mitstudierenden ohne Migrationshintergrund zur Bildungsherkunftsgruppe „niedrig“ (27 % vs. 9 %), jedoch deutlich seltener zur Bildungsherkunftsgruppe „mittel“ (24 % vs. 38 %). Aus akademisch geprägten Elternhäusern kommen sie fast ebenso häufig wie Studierende ohne Migrationshintergrund (49 % vs. 53 %). Differenziert nach Migrationsstatus zeigt sich die Heterogenität dieser Gruppe: Zum Beispiel kommen Studierende mit doppelter Staatsangehörigkeit deutlich häufiger aus einem akademischen Elternhaus (60 %) als eingebürgerte Studierende (38 %),

Spätaussiedler(innen) bzw. von Kinder von Spätaussiedler(inne)n (43 %).

Herkunftsländer

Fast die Hälfte der Studierenden mit Migrationshintergrund bzw. deren Eltern stammt aus osteuropäischen Ländern (49 %), jeweils ein Fünftel aus Westeuropa bzw. Asien (je 20 %). Die vier Hauptherkunftsländer sind Polen, die Türkei (je 12 %), die Russische Föderation (9 %) und Kasachstan (6 %).

Finanzielle Situation Studierender mit Migrationshintergrund

Studierende mit Migrationshintergrund, die zur Bezugsgruppe „Fokus-Typ“ (Definition s. Kap. 10, S. 13) gehören, verfügen im Durchschnitt über etwa gleich hohe Einnahmen wie Studierende ohne Migrationshintergrund (916 € bzw. 918 €). Ihr Gesamtbudget setzt sich im Vergleich zu Studierenden ohne Migrationshintergrund jedoch zu einem geringeren Anteil aus Leistungen der Eltern zusammen (43 % vs. 52 %). Dies kompensieren sie hauptsächlich durch Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG), die bei ihnen 18 Prozent der Gesamteinnahmen ausmachen (ohne Migrationshintergrund: 10 %). Im Falle einer Studienunterbrechung gegeben Studierende mit Migrationshintergrund deutlich häufiger finanzielle Gründe an als Studierende ohne Migrationshintergrund (24 % vs. 14 %).

9 Gesundheitliche Beeinträchtigungen und Studierschwernis

Im Sommersemester 2016 haben elf Prozent der Studierenden eine oder mehrere gesundheitliche Beeinträchtigung(en), die sich nach Aussagen der Betroffenen erschwerend auf das Studium auswirkt bzw. auswirken. Der Anteil beeinträchtigter Studierender ist damit gegenüber 2012 um vier Prozentpunkte gestiegen. Frauen haben anteilig etwas häufiger als Männer eine studienerschwerende Beeinträchtigung (12 % vs. 10 %).

Besonders häufig haben psychische Erkrankungen Auswirkungen auf das Studium: Für 47 Prozent der studienerschwerend Beeinträchtigten ist eine psychische Erkrankung entweder die einzige Beeinträchtigung oder diejenige, die sich am stärksten auf das Studium auswirkt. Für 18 Prozent der beeinträchtigten Studierenden geht die stärkste Studienbeeinträchtigung von einer chronisch-somatischen Krankheit aus. Für sechs Prozent wirken sich mehrere Beeinträchtigungen gleich stark auf das Studium aus. Elf Prozent der beeinträchtigten Studierenden möchten sich zur Form ihrer gesundheitlichen Beeinträchtigung(en) nicht äußern.

Studienerschwerende Beeinträchtigungen wirken sich in hohem Maße auf den Studienverlauf aus. Mehr als ein Drittel der beeinträchtigten Studierenden hat bereits mehr als zehn Hochschulsemester absolviert, während lediglich etwas mehr als ein Fünftel unter denjenigen ohne studienerschwerende Beeinträchtigung diese Studiendauer aufweist (36 % vs. 22 %).

Beeinträchtigte Studierende wechseln häufiger als nicht beeinträchtigte ihren Studiengang (31 % vs. 21 %) und/oder ihre Hochschule (22 % vs. 16 %) und unterbrechen ihr Studium anteilig mehr als doppelt so häufig wie diejenigen ohne Beeinträchtigung (32 % vs. 13 %). Deutlich weniger beeinträchtigte als nicht beeinträchtigte Studierende sehen ihren Lebensunterhalt als gesichert an (49 % vs. 70 %).

10 Studienfinanzierung und wirtschaftliche Situation

Die Analysen zu Einnahmen und Ausgaben beziehen sich ausschließlich auf Studierende, die (1) nicht verheiratet sind, (2) alleine wohnen bzw. wirtschaften, (3) noch keinen ersten Hochschulabschluss erlangt haben (außer Bachelor-Abschluss bei Master-Studierenden) und (4) in einem Vollzeit-Präsenz-Studium eingeschrieben sind. Hierdurch wird gewährleistet, dass die hier einbezogenen Studierenden hinsichtlich ihrer Studien- und Lebenssituation miteinander vergleichbar sind. Die genannten Bedingungen erfüllen 51 Prozent der Studierenden der Grundgesamtheit. Sie werden als „Fokus-Typ“ bezeichnet.

Höhe der monatlichen Einnahmen

Im Sommersemester 2016 verfügen die Studierenden der Bezugsgruppe „Fokus-Typ“ durchschnittlich über 918 Euro im Monat (Bild 4). Innerhalb des vierjährigen Zeitraums seit der letzten Erhebung im Sommersemester 2012 sind die Einnahmen der Studierenden um 76 Euro gestiegen. Unter Berücksichtigung der zwischenzeitlichen Entwicklung des Verbraucherpreisindex¹ entspricht dies einem realen Einnahmewachstum um sechs Prozent (nominal 9 %). Folglich steigt auch der Median der nominalen Einnahmen, und zwar um 60 Euro bzw. acht Prozent: Gemessen am Median hat im Sommersemester 2016 damit jeweils eine Hälfte der Studierenden weniger bzw. mehr als 860 Euro zur Verfügung.

Im regionalen Vergleich sind nach wie vor große Unterschiede in den studentischen Einnahmen festzustellen. So verfügen die Studierenden in den westdeutschen Ländern im Sommersemester 2016 über durchschnittlich 930 Euro im Monat (2012: 858 €), während in den ostdeutschen Ländern die durchschnittlichen Einnahmen der Studierenden mit 839 Euro niedriger sind (2012: 757 €). Die absolute Differenz zwischen den Regionen beträgt damit 91 Euro, wobei festzuhalten ist, dass die Einnahmen in den ostdeutschen Ländern mit elf Prozent stärker gewachsen sind als in den westdeutschen Ländern. Dort sind die Einnahmen der Studierenden um durchschnittlich acht Prozent angestiegen, womit sich der Angleichungsprozess in den Einnah-

men langsam fortsetzt (Differenz 2016: 11 %, Differenz 2012: 13 %).

Die Einnahmensituation der Bezugsgruppe „Fokus-Typ“ variiert stark mit dem Alter der Studierenden: Einerseits macht sich der Gesamtanstieg der studentischen Einnahmen gegenüber 2012 in jeder Altersgruppe bemerkbar. Andererseits steht – wie auch schon in vorangehenden Sozialerhebungen beobachtet wurde – den Studierenden mit zunehmendem Alter ein höherer Monatsbetrag zur Verfügung. Die älteste Studierenden-Gruppe (30 Jahre und älter) erzielt im Sommersemester 2016 rund 20 Prozent bzw. 170 Euro höhere Einnahmen als die jüngste (bis 21 Jahre).

Im Vergleich nach Bildungsherkunft (Definition s. Kap. 6, S. 9) der Studierenden zeigt sich, dass Studierende der Herkunftsgruppen „niedrig“ (903 €) und „mittel“ (903 €) durchschnittlich über geringere Einnahmen als Studierende der Herkunftsgruppen „gehoben“ (924 €) und „hoch“ (945 €) verfügen. Gegenüber 2012 sind die Einnahmen der Studierenden der Herkunftsgruppe „niedrig“ mit 86 Euro etwas stärker gestiegen als die der anderen drei Herkunftsgruppen („mittel“: + 78 €, „gehoben“: + 77 €, „hoch“: + 73 €).

Einnahmenverteilung

Der durchschnittliche Anstieg der studentischen Einnahmen insgesamt beruht vor allem auf den größeren Anteilen an Studierenden, die vergleichsweise hohe Beträge nennen. So verfügt zwar noch immer der größte Anteil der Studierenden über monatliche Einnahmen zwischen 701 und 800 Euro (2016: 16 %, 2012: 18 %), insgesamt ist jedoch eine deutliche Verschiebung hin zu höheren Einnahmen und eine Abflachung der Einnahmeverteilung festzustellen. Dementsprechend leben prozentual immer weniger Studierende mit vergleichsweise geringen Einnahmen (bis 700 €; 2016: 28 %, 2012: 33 %) und Einnahmen mittlerer Höhe (701 € bis 1.000 €; 2016: 41 %, 2012: 45 %), wohingegen es anteilig mehr Studierende gibt, die monatlich mehr als 1.000 Euro zur Verfügung haben (über 1.000 €; 2016: 31 %, 2012: 21 %). Dies gilt vor allem für Studierende der höchsten Einnahmegruppe (über 1.300 €). Ihr An-

Bild 4 Studienfinanzierung und Studienförderung						
Merkmal	insges.		Bildungsherkunft "niedrig"		Bildungsherkunft "hoch"	
	2012	2016	2012	2016	2012	2016
monatliche Einnahmen, in €, Bezugsgruppe „Fokus-Typ“						
arithmetischer Mittelwert	842	918	817	903	872	945
Zusammensetzung nach Finanzierungsquellen, Anteil der Quellen in % des Durchschnittsbudgets						
Beitrag der Eltern	50	51	27	33	66	66
BAföG	17	12	35	21	7	5
eigener Verdienst	22	26	26	30	18	20
übrige Quellen	11	12	12	15	10	9
Förderung nach dem BAföG						
Studierende, die BAföG erhalten, in %	24	18	40	27	12	9
Lebensunterhalt, arithm. Mittelwerte, in €, Bezugsgruppe „Fokus-Typ“						
monatliche Ausgaben für ...			Einnahmenquartil 2016			
			bis 700 €	über 1.074 €		
Miete einschließlich Nebenkosten	294	323	274	382		
Ernährung	161	168	133	203		
Kleidung	52	42	30	56		
Lernmittel	30	20	17	24		
Auto und/oder öffentliche Verkehrsmittel	78	94	74	119		
Krankenversicherung, Arztkosten, Medikamente	62	80	72	89		
Telefon, Internet, Rundfunk-/Fernsehgebühren, Porto	32	31	25	39		
Freizeit, Kultur und Sport	68	61	43	81		

DSW/DZHW 21. Sozialerhebung

teil hat sich gegenüber 2012 verdoppelt (2016: 10 %, 2012: 5 %). Trotz der insgesamt steigenden Einnahmen verfügt gut jede(r) fünfte Studierende der Bezugsgruppe „Fokus-Typ“ über monatlich weniger als 670 €, dem zum Befragungszeitpunkt gültigen BAföG-Höchstsatz (2016: 21 %, 2012: 26 %).

Herkunft und Zusammensetzung der monatlichen Einnahmen

Der weitaus größte Teil der Studierenden der Bezugsgruppe „Fokus-Typ“ erhält finanzielle Unterstützung von den Eltern (2016: 86 %, 2012: 88 %). Danach leisten die Eltern durchschnittlich 541 Euro im Monat (2012: 481 €) in Form barer (2016: 407 €, 2012: 358 €) und/oder unbarer Zuwendungen (2016: 309 €, 2012: 251 €), also entweder als finanziellen Zuschuss, den sie ihren studierenden Kindern als direkte Geldleistung zukommen lassen, oder aber als indirekte Leistung, die sie anstelle des Kindes bezahlen (z. B. Mietzahlungen an den/die Vermieter(in)). Beide, bare wie unbare Zuwendungen, haben sich gegenüber 2012 um 49 Euro (14 %) bzw. 58 Euro (23 %) erhöht, womit auch der monatliche Durchschnittsbetrag steigt, der insgesamt

von den Eltern transferiert wird (um 60 € bzw. 13 %). Die höheren finanziellen Leistungen der Eltern sind ein Grund für die gegenüber 2012 gestiegenen Einnahmen der Studierenden – auch wenn der Anteil an Studierenden, die unbare Leistungen erhalten, deutlich geringer geworden ist (2016: 43 %, 2012: 54 %).

Die weitere Ursache für die gestiegenen Einnahmen ist der höhere eigene Verdienst der Studierenden der Bezugsgruppe „Fokus-Typ“. So werden durchschnittlich 385 Euro aus bezahlten Tätigkeiten zur Bestreitung des Lebensunterhaltes eingesetzt (2012: 300 €), was einer Steigerung von 85 Euro bzw. 28 % im Vergleich zur 20. Sozialerhebung entspricht. Hierbei deutet die Veränderung des Medians um 100 Euro auf eine Einkommenssteigerung hin, die vor allem bei den vormals eher Geringverdienenden zu beobachten ist. Bei einem gleichzeitig stabilen Anteil an Studierenden, die ihren Lebensunterhalt mit Mitteln aus Erwerbstätigkeit neben dem Studium finanzieren (2016: 61 %, 2012: 61 %), steht den Studierenden insgesamt mehr Geld aus Erwerbstätigkeit zur Verfügung.

Im Unterschied dazu ist der durchschnittliche Förderungsbetrag, den Studierende, die nach dem BAföG gefördert werden, im Sommersemester 2016 erhalten, unverändert (2016: 435 €, 2012: 436 €). Der Anteil Studierender, die BAföG-Leistungen erhalten, ist gegenüber der letzten Sozialerhebung weiter gesunken (2016: 25 %, 2012: 32 %).

Noch ist der Anteil an Studierenden, die eine Förderung nach dem BAföG bekommen, allerdings größer als der Anteil jener, die auf Zuwendungen von anderen Verwandten und Bekannten sowie auf finanzielle Rücklagen zurückgreifen. 19 Prozent (2012: 24 %) bzw. 18 Prozent (2012: 21 %) der Studierenden haben Einnahmen aus diesen Quellen. Dabei werden durchschnittlich 171 Euro aus Erspartem verwendet, das bereits vor dem Studium erworben wurde (2012: 124 €), während die Zuwendungen von Verwandten und Bekannten im Durchschnitt 92 Euro (2012: 80 €) betragen. Wenn gleich der Anteil an Studierenden, die auf die beiden genannten Quellen zurückgreifen, jeweils gesunken ist, sind die durchschnittlichen Einnahmen hieraus um 47 Euro (38 %) bzw. zwölf Euro (15 %) gestiegen.

Weitere Finanzierungsquellen (Waisenrente, Partner(in), Stipendium, Kredite, sonstige Finanzierungsquellen) werden jeweils von maximal fünf Prozent der Studierenden der Bezugsgruppe „Fokus-Typ“ genutzt. Diesbezüglich fällt auf, dass Stipendien (2016: 5 %, 2012: 4 %) und der Studienkredit der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) (2016: 5 %, 2012: 3 %) häufiger gewährt bzw. in Anspruch genommen werden als noch 2012. Außerdem stellen sie relativ hohe Beträge bereit, wengleich die durchschnittliche Höhe der KfW-Studienkredite nahezu unverändert bleibt (2016: 463 €, 2012: 450 €), während die durchschnittliche Stipendienhöhe um 106 Euro bzw. 33 % gestiegen ist (2016: 423 €, 2012: 317 €).

123.000 Studierenden stehen monatlich weniger als 500 € aus Elternleistung oder übrigen Finanzierungsquellen zur Verfügung, die als Elternersatzleistung gesehen werden können, d. h. ausgenommen des eigenen Verdienstes (sogenannte Sockelfinanzierung, s. Glossar auf www.sozialerhebung.de).

Finanzierungsstruktur

Die Finanzierungsstruktur veranschaulicht, aus welchen Quellen sich die monatlichen Einnahmen aller Studierenden der Bezugsgruppe „Fokus-Typ“

anteilig zusammensetzen. Es wird das Verhältnis der drei Haupteinnahmequellen „Verdienst“, „BAföG“ und „Eltern“ betrachtet, wobei weitere Einnahmenposten unter „Übrige“ zusammengefasst sind.

Übereinstimmend mit früheren Ergebnissen besteht etwa die Hälfte (51 %) aller monatlichen Einnahmen der Bezugsgruppe „Fokus-Typ“ aus Zahlungen der Eltern, während der eigene Verdienst rund ein Viertel (26 %) der studentischen Einnahmen ausmacht. Der Anteil des eigenen Verdienstes ist im Vergleich zur 20. Sozialerhebung unter anderem deshalb gestiegen, weil der BAföG-Anteil an den monatlichen Gesamteinnahmen der Studierenden um fünf Prozentpunkte gesunken ist. Dieser beträgt nun zwölf Prozent und ist damit ebenso groß wie der Anteil, den die „übrigen“ Finanzierungsquellen an den studentischen Einnahmen haben.

Die Einnahmenstruktur unterscheidet sich in Abhängigkeit vom Alter der Studierenden deutlich. So beziehen die jüngsten Studierenden 66 Prozent ihrer Einnahmen von den Eltern (2012: 62 %), wobei dieser Anteil mit zunehmendem Alter stetig sinkt und in der ältesten Gruppe lediglich noch 18 Prozent (2012: 21 %) beträgt. Dafür steigen mit dem Lebensalter die Bedeutung des eigenen Verdienstes sowie der übrigen Quellen. Ab dem 29. Lebensjahr löst der eigene Verdienst die elterliche Unterstützung als größte Einnahmequelle ab. Außerdem fällt auf, dass für Studierende ab einem Alter von 30 Jahren die übrigen Quellen mit 20 Prozent (2012: 21 %) eine ungleich größere Bedeutung haben als für ihre jüngeren Kommiliton(inn)en. Der Einnahmenanteil der BAföG-Leistungen unterscheidet sich nach Altersgruppen hingegen kaum. Er bewegt sich je nach Alter zwischen zehn und 15 Prozent (2012: zwischen 13 % und 18 %).

Einschätzung der finanziellen Situation

Gemessen an der Zustimmung zu der Aussage, die Finanzierung des eigenen Lebensunterhalts sei während des Studiums sichergestellt, unterscheidet sich die Bewertung der finanziellen Situation erheblich in Abhängigkeit von der Bildungsherkunft (Definition siehe Kap. 6). Demnach bewerten von den Studierenden der Herkunftsgruppe „niedrig“ 51 Prozent (2012: 53 %) ihre Finanzierungssituation als gesichert, während gleiches 81 Prozent der Studierenden der Herkunftsgruppe „hoch“ tun (2012: 83 %).

Ausgaben für den Lebensunterhalt

Neben den Einnahmen bilden die Lebenshaltungs- und Studienkosten eine weitere Komponente der finanziellen Situation Studierender. Die Ausgaben der Studierenden unterscheiden sich von den typischen Lebenshaltungskosten anderer Bevölkerungsgruppen beispielsweise durch eine spezielle Wohnsituation (Wohnheim, Wohngemeinschaft etc.) oder die Besonderheiten der studentischen Krankenversicherung. Im Rahmen der Sozialerhebung wird die Höhe der regelmäßigen Ausgaben für diese und weitere zentrale Positionen der studentischen Lebensführung erfasst. Eine vollständige Erfassung aller Ausgaben, die sämtliche individuelle Lebenslagen berücksichtigten, kann im Rahmen der Sozialerhebung nicht erfüllt werden. Die Angaben sind daher vor dem Hintergrund zu lesen, dass den Studierenden weitere regelmäßige sowie unregelmäßige Kosten (Ausgaben für Versicherungen, Körperpflege, Anschaffung eines Computers etc.) entstehen.

Wie in vorherigen Sozialerhebungen zeigt sich auch für das Sommersemester 2016 (Bild 4), dass die mit Abstand höchsten monatlichen Ausgaben für Miete einschließlich Nebenkosten aufgewendet werden (323 €). An zweiter Stelle folgen Ausgaben für die Ernährung (168 €). In direktem Zusammenhang mit dem Studium stehen die Ausgaben für Lernmittel, die im Sommersemester 2016 durchschnittlich 20 Euro betragen. Im Vergleich zum letzten Messzeitpunkt im Sommersemester 2012 sind die durchschnittlichen Kosten für einige Ausgabenpositionen um bis zu 29 Euro gestiegen (Miete einschließlich Nebenkosten), während für Lernmittel durchschnittlich zehn Euro weniger ausgegeben werden. Auffällig ist außerdem der Anstieg der gesundheitsbezogenen Ausgaben um 29 Prozent (2016: 80 €, 2012: 62 €).

Förderung nach dem BAföG

Zum Zeitpunkt der Befragung im Sommersemester 2016 galt das Bundesausbildungsförderungsgesetz in der Fassung, die sich nach dem 24. BAföG-Änderungsgesetz vom 6. Dezember 2011 ergibt. Seine Änderung durch Artikel 6 des Gesetzes vom 27. Juli 2015 (25. BAföG-Änderungsgesetz) war noch nicht rechtskräftig, sondern trat erst zum Wintersemester 2016/17 in Kraft. Dementsprechend beschreiben die Befunde der 21. Sozialerhebung die Situation unmittelbar vor der Novelle und enthalten keine Hinweise auf reformbedingte

Veränderungen z. B. beim Leistungsbezug oder in der finanziellen Situation der Studierenden.

Die Reichweite dieser Form der staatlichen Studienförderung kann mit der so genannten BAföG-Quote veranschaulicht werden. Diese Quote ist der Anteil der Studierenden, die zum Befragungszeitpunkt BAföG erhielten, an allen Studierenden der Grundgesamtheit (d. h. ohne Studierende an Hochschulen der Bundeswehr, der Verwaltung bzw. des Fernstudiums sowie ohne Studierende im Promotionsstudium). Im Sommersemester 2016 erhalten 18 Prozent aller Studierenden eine Förderung nach dem BAföG. Drei Prozent der Studierenden geben an, dass über ihren BAföG-Antrag zum Befragungszeitpunkt noch nicht entschieden wurde. Vier Jahre zuvor wurden 24 Prozent der Studierenden nach dem BAföG unterstützt und zwei Prozent warteten auf den Bescheid ihres Antrags. Im Vergleich zu 2012 ist die BAföG-Quote demnach gesunken (-6 Prozentpunkte). Sie liegt damit auf dem niedrigsten Niveau seit Beginn der 1990er Jahre.

Das BAföG ist für die große Mehrheit der Geförderten eine Grundvoraussetzung dafür, überhaupt studieren zu können. Unverändert gehen wie schon 2012 knapp vier Fünftel davon aus, dass sie „ohne BAföG nicht studieren könnten“ (79%). Von den Studierenden der Bildungsherkunft „niedrig“ stimmen anteilig deutlich mehr dieser Aussage zu als Studierende der übrigen drei Herkunftsgruppen („niedrig: 85 % vs. „mittel“: 81 %, „gehoben“: 74 %, „hoch“: 72 %).

11 Zeitbudget

Im Rahmen der Sozialerhebung wird der Zeitaufwand der Studierenden seit 1988 anhand einer Tabelle erfasst, in die wochentagenau die auf volle Stunden gerundeten Zeitaufwendungen für Lehrveranstaltungen, Selbststudium und Erwerbstätigkeit während einer typischen Semesterwoche einzutragen sind. Entsprechend handelt es sich bei den Zeitangaben um retrospektive Schätzungen der Studierenden.

Im Fokus der nachfolgenden Auswertungen steht dabei die mit Abstand größte Studierendengruppe: die Präsenz-Studierenden im Vollzeit-Studium. Für sie wurde der Zeitaufwand erfasst, den sie in einer für sie typischen Woche während der Vorlesungszeit im Sommersemester 2016 haben.

Studienbezogener Zeitaufwand

Präsenz-Studierende im Vollzeit-Studium investieren durchschnittlich 33 Stunden pro Woche in ihr Studium, wobei der Zeitaufwand für das Selbststudium (18 Std./Woche) gegenüber dem für Lehrveranstaltungen (15 Std./Woche) überwiegt (Bild 5). Insgesamt wenden die Studierenden damit zwei Stunden weniger für studien-

bezogene Aktivitäten auf, als noch vor vier Jahren im Rahmen der 20. Sozialerhebung ermittelt wurde (2012: 35 Std./Woche). Zurückzuführen ist dies ausschließlich auf das Absinken ihres für Lehrveranstaltungen aufgewendeten Zeitaufwands (2012: 18 Std./Woche).

Der zeitliche Gesamtaufwand, den Präsenz-Studierende für das Studium in einer typischen Woche während der Vorlesungszeit aufwenden, ist dabei weitgehend unabhängig von der Art des angestrebten Studienabschlusses. Lediglich Studierende, die als Abschluss das Staatsexamen (ohne Lehramt) anstreben, stechen hierbei heraus. Sie investieren überdurchschnittlich viel Zeit in ihr Studium (41 Std./Woche), was daher rührt, dass Studierende der Medizin und der Pharmazie sowohl für betreute Lehrformen (22 bzw. 31 Std./Woche) als auch für das Selbststudium (jeweils 21 Std./Woche) sehr viel Zeit aufwenden. Dagegen ist der vergleichsweise geringe studienbezogene Zeitaufwand der Studierenden in Diplom- und Magister-Studiengängen (32 Std./Woche) darauf zurückzuführen, dass sie häufiger bereits in höheren Semestern immatrikuliert sind, in denen der Gesamtaufwand für das Studium niedri-

Bild 5 Zeitbudget und Erwerbstätigkeit

Merkmal	2012	2016		
	insges.	insges.	Uni	FH
Zu Kap. 11				
studienbezogener Zeitaufwand				
Studierende im (Vollzeit-)Präsenzstudium, Mittelwerte in Stunden/Woche				
Lehrveranstaltungen	18	15	14	18
Selbststudium	17	18	19	15
Studienaufwand nach Art des angestrebten Abschlusses				
Studierende im (Vollzeit-)Präsenzstudium, Mittelwerte in Stunden/Woche Gesamtaufwand Lehrveranstaltungen und Selbststudium				
Bachelor FH (ohne Lehramt)	35	33	-	33
Bachelor Uni (ohne Lehramt)	34	32	32	-
Master FH (ohne Lehramt)	35	32	-	32
Master Uni (ohne Lehramt)	35	31	31	-
Diplom/Magister Uni	33	32	32	-
Lehramt	35	32	32	-
Staatsexamen (ohne LA)	43	41	41	-
Zu Kap. 12				
Erwerbstätigenquote während der Vorlesungszeit, in %				
	62	68	69	65

ger ist und die von einer Schwerpunktverlagerung von betreuten Veranstaltungsformen (10 Std./Woche) hin zu einem stärker selbstgeleiteten Studium (22 Std./Woche) gekennzeichnet sind. Eine solche Schwerpunktverlagerung ist auch im Vergleich von Bachelor- und Master-Studium (ohne Lehramt) festzustellen. Während Studierende im Bachelor-Studium Lehrveranstaltungen mehr Zeit widmen, ist das Master-Studium stärker durch (Zeiten für) das Selbststudium geprägt. Außerdem zeigt sich, dass Bachelor- und Master-Studierende an Universitäten jeweils zwei Stunden mehr in ihr Selbststudium, jedoch drei Stunden weniger in Lehrveranstaltungen investieren, als ihre jeweiligen Kommiliton(inn)en an Fachhochschulen. So stecken auch Studierende im Lehramtsstudium mehr Zeit in ihr Selbststudium als in Lehrveranstaltungen.

Darüber hinaus ist für alle Abschlussarten festzuhalten, dass sich die Aufteilung des studienbezogenen Aufwandes zwischen Lehrveranstaltungsbesuch und Selbststudium gegenüber der 20. Sozialerhebung weiter verändert hat. Danach investieren (Vollzeit-)Präsenz-Studierende aller Abschlussarten nochmals deutlich weniger Zeit in Lehrveranstaltungen, während ihre Zeitaufwendungen für das Selbststudium relativ konstant bleiben. In der Summe führt dies zu einem Rückgang ihres gesamten Studienaufwands, wobei Master-(Fachhochschule: 32 Std./Woche, Universität: 31 Std./Woche) und Lehramtsstudierende (32 Std./Woche) diesbezüglich hervorstechen. Ihre studienbezogenen Zeitinvestitionen sind gegenüber 2012 jeweils um drei bis vier Stunden gesunken, während bei Studierenden der übrigen Abschlussarten die studienbezogenen Zeitaufwendungen um ein bis zwei Stunden reduziert sind.

Studien-Erwerbs-Typ

Im Sommersemester 2016 studieren 71 Prozent aller formell Vollzeit-Studierenden im Präsenz-Studium auch de facto in Vollzeit, d. h. mit einem wöchentli-

chen studienbezogenen Zeitaufwand von 25 Stunden oder mehr, während die übrigen 29 Prozent de facto in Teilzeit studieren, also weniger als 25 Stunden für ihr Studium aufwenden. Davon realisiert mit 61 Prozent bzw. 19 Prozent die große Mehrheit das Studium ohne bzw. mit einem zeitlichen Erwerbsaufwand von maximal 15 Stunden pro Woche, während jeweils jede(r) zehnte Studierende (10 %) zusätzlich einer Erwerbstätigkeit nachgeht, die mehr als 15 Stunden pro Woche in Anspruch nimmt.

Insgesamt fällt damit gegenüber den Befunden der 20. Sozialerhebung eine deutliche Abnahme an de facto Vollzeit-Studierenden auf. Ihr Gesamtanteil sinkt um sieben Prozentpunkte, wobei dies vor allem auf den geringeren Anteil an de facto Vollzeit-Studierenden ohne bzw. mit geringem Erwerbsaufwand zurückzuführen ist. Er fällt gegenüber 2012 um sechs Prozentpunkte, während der Anteil an de facto Teilzeit-Studierenden um sieben Prozentpunkte steigt.

Subjektive Einschätzung des zeitlichen Studienaufwands während der Vorlesungszeit

Von den Präsenz-Studierenden im Vollzeit-Studium betrachten 68 Prozent ihren zeitlichen Aufwand durch das Studium während der Vorlesungszeit als (sehr) hoch (Antwortkategorien 4 und 5 auf fünfstufiger Antwortskala). 23 Prozent ordnen sich der mittleren Antwortkategorie zu, während neun Prozent den Studienaufwand als (sehr) niedrig einstufen (Antwortkategorien 1 und 2). Studentinnen schätzen dabei ihren zeitlichen Aufwand im Vergleich zu ihren männlichen Kommilitonen häufiger als (sehr) hoch (71 % vs. 66 %) und entsprechend seltener als (sehr) niedrig ein (7 % vs. 11 %), während es zwischen den (Vollzeit-)Präsenz-Studierenden an Universitäten und an Fachhochschulen diesbezüglich kaum Differenzen gibt.

12 Studentische Erwerbstätigkeit

In der Vorlesungszeit des Sommersemesters 2016 haben mehr als zwei Drittel der Studierenden einen Nebenjob (68 %, Bild 5). Der Anteil erwerbstätiger Studierender hat sich im Vergleich zu 2012 um sechs Prozentpunkte erhöht und erreicht damit wieder das bislang höchste Niveau, das für das Sommersemester 2003 registriert wurde. Die Erwerbstätigenquote an Universitäten ist 2016 mit 69 Prozent so hoch wie noch nie. An Fachhochschulen hat sich der Anteil erwerbstätiger Studierender im Vergleich zur 20. Sozialerhebung um einen Prozentpunkt erhöht, sie liegt mit 65 Prozent nun unterhalb der aktuellen Quote an Universitäten und unterschreitet nach wie vor die Spitzenwerte des letzten Jahrzehnts.

Wie viele Studierende einem Nebenerwerb nachgehen, unterliegt zahlreichen Einflussfaktoren, zu denen auch regionale Rahmenbedingungen gehören. In Ostdeutschland ist der Anteil an Studierenden mit Nebenjob traditionell niedriger als in Westdeutschland (2016: 63 % vs. 68 %).

Erwerbstätigenquote und sozio-demographische Merkmale

Studentinnen arbeiten insgesamt anteilig häufiger als Studenten (70 % vs. 66 %). Diese Relation besteht bis zum 30. Lebensjahr und kehrt sich danach um, was unter anderem mit Prozessen der Familiengründung zusammenhängt. Im Falle einer Elternschaft kommen auch bei Studierenden überwiegend traditionelle Rollenmuster zum Tragen, d. h. Studenten gehen vermehrt einer Erwerbstätigkeit nach, um den Lebensunterhalt

für die Familie zu verdienen, während die Studentinnen eher die Familienarbeit übernehmen.

Es zeigt sich unverändert, dass der Anteil der Studierenden, die neben dem Studium einem Gelderwerb nachgehen, im Vergleich der Bildungsherkunftsgruppen (s. Kap. 6) unterschiedlich groß ist. Von den Studierenden aus einem nicht-akademischen Elternhaus (Herkunftsgruppen „mittel“ und „niedrig“) jobben mit jeweils 69 Prozent überdurchschnittlich viele. Eine geringere Erwerbstätigenquote (64 %) weisen Studierende auf, deren Eltern beide ein Hochschulstudium abgeschlossen haben (Herkunftsgruppe „hoch“).

Gründe für Erwerbstätigkeit neben dem Studium

Warum Studierende neben dem Studium erwerbstätig sind, hat vielfältige Gründe. Die meisten Studierenden möchten Geld zur Verfügung haben, um sich „etwas mehr leisten“ zu können (72 % „trifft zu“ und „trifft voll und ganz“ auf fünfstufiger Antwortskala). An zweiter Stelle steht der Wunsch nach (mehr) Unabhängigkeit von den Eltern (62 %). Weit mehr als die Hälfte der erwerbstätigen Studierenden ist auf eigenen Verdienst zur Bestreitung des Lebensunterhaltes angewiesen (59 %). Das Motiv „praktische Erfahrungen sammeln“, verfolgt mehr als jede(r) zweite (53 %). Mit etwas Abstand folgt das Ziel, Kontakte für eine spätere Beschäftigung zu knüpfen (36 %). Mehr als jede(r) fünfte erwerbstätige Studierende möchte sich mit Nebenjobs absichern und/oder hofft, sich dadurch Beschäftigungschancen unabhängig vom Studienabschluss sichern zu können (21 %).

13 Wohnsituation

Wohnformen

Knapp zwei Fünftel (38 %) der Studierenden wohnen allein (17 %) oder gemeinsam mit ihrem/ihrer Partner(in) (21 %) in einer eigenen Wohnung. Ein knappes Drittel (30 %) lebt in einer Wohngemeinschaft (Bild 6). Gegenüber 2012 hat es lediglich geringfügige Änderungen in der Nutzung der Wohnformen gegeben: Während sich der Anteil der Elternwohner(innen) um drei Prozentpunkte auf 20 Prozent verringert hat, wohnen Studierende inzwischen anteilig wieder etwas häufiger im Wohnheim. Unter den Studierenden, die im Wohnheim leben, finden sich auch solche, die in Wohnheimen gemeinnütziger Institutionen außerhalb der Trägerschaft der Studierenden-/Studentenwerke oder auch in privat betriebenen Wohnanlagen für Studierende wohnen (29 %).

Im Vergleich von Männern und Frauen zeigt sich die bekannte geschlechtsspezifische Nutzung der Wohnformen: Studenten wohnen anteilig häufiger als Studentinnen bei den Eltern (22 % vs. 18 %) oder im Wohnheim (13 % vs. 11 %), wohingegen Frauen deutlich häufiger mit Partner(in) und/oder Kind in einer Wohnung leben (25 % vs. 18 %).

Nach wie vor steht vor allem das Alter in einem deutlichen Zusammenhang mit der genutzten Wohnform. Je jünger die Studierenden sind, desto größer ist der Anteil der Elternwohner(innen) und derjenigen, die im Wohnheim wohnen. Studierende in den höheren

Altersgruppen leben demgegenüber häufiger in einer eigenen Wohnung, sowohl allein, als auch und insbesondere mit Partner(in) und/oder Kind.

Gründe für die Entscheidung für die Wohnsituation

Danach gefragt, wie wichtig einzelne Gründe bei der Entscheidung für die Wohnsituation waren, geben die Studierenden insgesamt am häufigsten die Größe des Wohnraums als entscheidendes Kriterium an („trifft (voll und ganz) zu“: 64 %). Ebenfalls wichtig sind ihnen eine gute Verkehrsanbindung (61 %), die Nähe zur Hochschule (59 %) und die Höhe der Miete (56 %).

Weg zwischen Wohnung und Hochschule

Um zur Hochschule zu gelangen, nutzen zwei Fünftel der Studierenden im Sommersemester 2016 überwiegend öffentliche Verkehrsmittel (41 %), ein knappes Drittel das Fahrrad (31 %). Im Winter nutzen die Studierenden das Fahrrad seltener als im Sommer (14 %) und steigen für den Weg zur Hochschule vorwiegend auf öffentliche Verkehrsmittel um. Diese werden im Winter von mehr als der Hälfte der Studierenden in Anspruch genommen (56 %).

Insgesamt benötigen die Studierenden im Durchschnitt ca. 33 Minuten für den Weg zwischen ihrer Wohnung und der Hochschule. Für die Hälfte der Studierenden beträgt die Wegedauer bis zu 25 Minuten, für ein Viertel höchstens 15 Minuten.

14 Mensa/Cafeteria und studentische Ernährung

Der Anteil Studierender, die mindestens einmal pro Woche eine Mahlzeit in einer Mensa einnehmen, liegt im Sommersemester 2016 bei 73 Prozent. Im Durchschnitt gehen die Studierenden 2,8-mal wöchentlich zum Essen in eine Mensa. Drei Viertel der Studenten (74 %) und sieben von zehn (71 %) Studentinnen gehen mindestens einmal pro Woche zum Essen in eine Mensa. Durchschnittlich suchen Studenten 3,1-mal und Studentinnen 2,4-mal wöchentlich eine Mensa zum Essen auf. Dabei stellen Studierende der Ingenieurwissenschaften (76 %) sowie der Medizin (74 %) die beiden größten Gruppen derer, die mindestens einmal zum Essen in die Mensa gehen.

Jüngere Studentinnen und Studenten gehen häufiger in eine Mensa als ältere: 81 Prozent der unter 20-Jährigen und fast genauso viele 20-22-Jährige (77 %) sowie knapp drei Viertel (74 %) der 23-25-Jährigen nutzt mindestens einmal pro Woche eine Mensa als Verpfle-

gungsort für Frühstück, Mittag-, Abendessen oder für eine Zwischenmahlzeit. Hingegen liegt die allgemeine Mensanutzung der 26-30-Jährigen bei 67 Prozent und die der über 30-Jährigen bei 60 Prozent.

Mittagsmahlzeit und Mensa-Nutzungstyp

Zwei Drittel der Studierenden (68 %) nutzen mindestens einmal wöchentlich die Mittagessenangebote einer Mensa. Im Vergleich zu 2012 hat sich der Anteil um sechs Prozentpunkte verringert (2012: 74 %). Darüber hinaus hat sich der Konsum der Mittagsmahlzeiten in der Mensa im Vergleich zu 2012 um durchschnittlich ein Mittagessen pro Woche (2016: Ø 1,7 Mittagessensmahlzeiten vs. 2012: Ø 2,7 Mittagessensmahlzeiten in der Mensa) verringert.

Je nach Anzahl der in der Mensa eingenommenen Mittagsmahlzeiten können die Studierenden einem von drei Mensa-Nutzungstypen zugeordnet werden:

Bild 6 Soziale Infrastruktur für Studierende						
Merkmal	2012	2016				
	insges.	insges.	Männer	Frauen	Uni	FH
Zu Kap. 13						
Studierende nach Wohnform, in %						
Eltern	23	20	23	18	17	25
Studentenwohnheim	10	12	12	12	12	12
Untermiete	1	1	1	1	1	1
Wohngemeinschaft	29	30	29	30	32	25
Wohnung allein	17	17	17	16	17	16
Wohnung mit Partner(in)	20	21	18	25	21	21
Zu Kap. 14						
Mensanutzungstyp nach der Anzahl der Mittagsmahlzeiten in Mensen/Cafeterien pro Woche, Studierende in % (Mittagessen)						
Stammgäste (dreimal und öfter)	37	32	39	24	33	30
Sporadische Nutzer(innen) (ein- bis zweimal)	37	36	32	40	37	34
Nicht-Nutzer(innen)	26	32	29	36	30	36
Zu Kap. 15						
Beratungs- und Informationsbedarf und Nutzung von Beratungsangeboten¹						
(Antwortpos. „ja, in hohem Maße“ auf einer dreistufigen Skala von „nein, überhaupt nicht“ bis „ja, in hohem Maße“), in %						
Studierende mit Beratungsbedarf zu mindestens einem der 21 erhobenen Themen	-	61	57	66	63	59
Studierende mit Beratungsbedarf, die Beratungsangebote nutzen	-	46	42	50	47	43

DSW/DZHW 21. Sozialerhebung

¹ 2012 nicht erhoben

Im Sommersemester 2016 gehören knapp ein Drittel der Studierenden (32 %) zu den Stammgästen, also zu denjenigen, die mindestens drei Mittagsmahlzeiten pro Woche in einer Mensa verzehren. Ein bis zwei Mittagsmahlzeiten pro Woche nehmen 36 Prozent zu sich; sie gehören damit zu den sporadischen Nutzer(innen). 32 Prozent nutzen die Mensa nicht.

Damit ist im Vergleich zur letzten Erhebung vier Jahre zuvor der Anteil der Gruppe der Stammgäste um fünf Prozentpunkte zurückgegangen (2012: 37 %). Gleichzeitig ist ein Anstieg des Anteils an Nichtnutzer(inne)n um sechs Prozentpunkte festzustellen (2012: 26 %), während der Anteil der sporadischen Nutzer(innen) auf konstantem Niveau (2012: 37 %) bleibt.

Zufriedenheit mit dem Mensa-Angebot

Auf einer fünfstufigen Skala von „überhaupt nicht zufrieden“ bis „sehr zufrieden“ berichten 63 Prozent der Studierenden mit dem Preis-Leistungs-Verhältnis und 45 Prozent der Studierenden mit der Auswahl sowie den Kombinationsmöglichkeiten (sehr) zufrieden zu sein. Vergleichsweise wenig zufrieden hingegen sind die Studierenden mit der Ernährungsqualität (30 %). Dabei fällt bei den sporadischen Nutzer(inne)n die Zufriedenheit mit allen Aspekten erwartungsgemäß etwas geringer aus als bei den Stammgästen. Besonders deutlich wird dies beim Geschmack der Angebote, mit dem 51 Prozent der Stammgäste und 42 Prozent der sporadischen Nutzer(innen) (sehr) zufrieden sind.

15 Information und Beratung

Beratungsangebote zu studien- und weiteren lebensbezogenen Themen sind ein zentrales Tätigkeitsfeld der Studentenwerke. Zur Ermittlung des Beratungsbedarfs wurden die Studierenden gefragt, in welchem Maße sie „Fragen bis hin zu Schwierigkeiten oder Belastungen“ zu verschiedenen Themen in den letzten 12 Monaten hatten. Die abgefragten 21 Beratungsthemen werden drei Themenbereichen zugeordnet: finanzierungsbezogene, persönliche und studienbezogene Themen. In der Lebenswirklichkeit Studierender sind die Themen und Bereiche miteinander verwoben und stehen in vielfältiger Weise in Bezug zum Studium.

Informations- und Beratungsbedarf

61 Prozent der Studierenden hatten in den letzten zwölf Monaten zu mindestens einem Thema Beratungsbedarf. Je ein Drittel aller Studierenden berichtet von großen Schwierigkeiten oder Belastungen im Hinblick auf (mindestens) ein persönliches Thema (33 %) und hinsichtlich (mindestens) eines studienbezogenen Themas (32 %). Ein Fünftel (20 %) äußert Bedarf zu finanzierungsbezogenen Fragen.

Nutzung von professionellen Informations- und Beratungsangeboten

Von den Studierenden mit Fragen, Schwierigkeiten oder Belastungen in hoher Ausprägung haben 46 Prozent mindestens ein professionelles Beratungsangebot genutzt. Zu mindestens einem studienbezogenen Thema lassen sich 60 Prozent der Studierenden mit Beratungsbedarf beraten. Finanzierungsbezogene Themen sind für 49 Prozent und persönliche Themen für 43 Prozent der Studierenden mit Beratungsbedarf Gegenstand einer professionellen Beratung.

Mehr als die Hälfte der Studierenden, die Beratungsbedarf zu mindestens einem der abgefragten Themen haben, nutzt bisher kein Beratungsangebot (54 %). Der Hauptgrund dafür ist, dass sie im Freundes-, Bekannten- oder Verwandtenkreis Antworten auf ihre Fragen bekommen haben (49 %). Jeweils fast zwei Fünftel geben an, keine Zeit für eine Beratung zu haben (38 %), und/oder ihr Problem hat sich von allein gelöst (37 %). Andere, nicht näher bezeichnete Gründe für die Nicht-Nutzung von Beratungsangeboten werden von knapp einem Drittel der Nicht-Nutzer(innen) von Beratungsangeboten angeführt (32 %)

16 Ausblick

Über den sogenannten Standardbericht hinaus, der auf der Webseite des Projektes <http://www.sozialerhebung.de/sozialerhebung/archiv> zur Verfügung steht und dessen Zusammenfassung hier vorliegt, werden die Daten der 21. Sozialerhebung für ausgewählte Themen und Gruppen vertiefend analysiert.

Auf der genannten Webseite stehen des Weiteren Randauszählungen zu folgenden regionalen und inhaltlichen Differenzierungen bereit:

Deutschland

- Geschlecht
- Bachelor/Master
- Hochschulart
- Region (Ost/West)
- Alter
- Bildungsherkunft
- Wohnform

Länder (jeweils insgesamt sowie nach Geschlecht und Hochschulart)

- Baden-Württemberg
- Bayern
- Berlin
- Saarland
- Brandenburg
- Bremen
- Hamburg
- Hessen
- Mecklenburg-Vorpommern
- Niedersachsen
- Nordrhein-Westfalen
- Rheinland-Pfalz
- Saarland
- Sachsen
- Sachsen-Anhalt
- Schleswig-Holstein
- Thüringen

Zu den Daten für die deutschen und bildungsinländischen Studierenden sind darüber hinaus vertiefende wissenschaftliche Analysen geplant, die anhand weiterer Veröffentlichungen zugänglich gemacht werden sollen, beispielsweise zu Themen wie Studienfi-

nanzierung und Studienförderung, Leistungsverhalten und Performanz, Hochschulzugang und Sozialprofil, Studienverlauf und Auslandsmobilität, Studierende mit Kind sowie Studierende mit studienerschwerender Gesundheitsbeeinträchtigung.

Im Frühjahr 2018 wird der Sonderbericht zu den internationalen Studierenden erscheinen. Diese bildungsausländischen Studierenden wurden im Rahmen der 21. Sozialerhebung mit einem eigenen, zweisprachigen (Deutsch und Englisch) Fragebogen befragt, der speziell auf ihre Studiensituation zugeschnitten war.

Aufgrund der großen Fallzahl, die im Rahmen der Online-Erhebung realisiert werden konnte, ist es erstmals möglich, regionale Datenbedarfe zu berücksichtigen: So erhalten alle Studentenwerke eine Randauszählung mit den Daten der deutschen und bildungsinländischen Studierenden, die an den von ihnen betreuten Hochschulen immatrikuliert sind. Hochschulen, von denen sich 300 oder mehr Studierende an der Sozialerhebung beteiligt haben, wird eine hochschulspezifische Randauszählung bereitgestellt.

Die Daten der 21. Sozialerhebung werden anonymisiert und stehen nach Abschluss des Projektes als Scientific Use File (SUF) für wissenschaftliche Sekundäranalysen im Forschungsdatenzentrum des Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung zur Verfügung (<https://fdz.dzhw.eu>). Zusammen mit den Datensätzen der 20. und 19. Sozialerhebung stehen der Wissenschaft dann im Herbst 2018 drei Sozialerhebungs-SUFs auch für Zeitreihenanalysen zur Verfügung.

Impressum

Herausgeber

Bundesministerium
für Bildung und Forschung (BMBF)
Referat
Wissenschaftlicher Nachwuchs,
wissenschaftliche Weiterbildung
53170 Bonn / 11055 Berlin

Bestellungen

schriftlich an
Publikationsversand der Bundesregierung
Postfach 48 10 09
18132 Rostock
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
Internet: <http://www.bmbf.de>
oder per
Tel.: 030 18 272 272 1
Fax: 030 18 10 272 272 1

Stand

Juli 2017

Druck

B·W·H GmbH
Hannover

Diese Publikation wird als Fachinformation des Bundesministeriums für Bildung und Forschung kostenlos herausgegeben. Sie ist nicht zum Verkauf bestimmt und darf nicht zur Wahlwerbung politischer Parteien oder Gruppen eingesetzt werden.

